

Gibt es eine IV. Republik Polen?

Wilkiewicz, Zbigniew

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilkiewicz, Z. (2007). Gibt es eine IV. Republik Polen? *Aktuelle Ostinformationen*, 39(1/2). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323456>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zbigniew Wilkiewicz

Gibt es eine IV. Republik Polen?

Einleitung

Im Polen betreffenden politischen Diskurs taucht in den letzten beiden Jahren immer wieder die Bezeichnung der IV. Republik auf. Was die Rechenart der polnischen Republiken angeht, gibt es spätestens seit der Wende des Jahres 1989 bekanntlich eine Leerstelle, denn auf die II. Republik Polen, das heißt auf das Polen der Zwischenkriegszeit, folgte die Volksrepublik Polen, die aber niemals als III. Republik bezeichnet wurde. Nach der Wende des Jahres 1989 und der Systemtransformation erhielt das neue polnische Staatswesen die ganz offizielle Bezeichnung III. Republik. Hier wurde also unter Auslassung der quasi illegitimen kommunistischen Volksrepublik Polen alleine schon durch die Zählweise der Republiken eine legitime Kontinuität suggeriert. Den Hintergrund hierfür bildet der Umstand, dass es sich sowohl bei der II. als auch bei der III. Republik um souveräne Staatswesen handelte, die in keinem eindeutigen Abhängigkeitsverhältnis zu einer Großmacht standen, wie dies im Falle der Volksrepublik Polen eindeutig der Fall war. Unterstrichen wurde dieser Umstand zusätzlich dadurch, dass es bis in die Zeit der Präsidentschaft von Lech Wałęsa eine polnische Exilregierung in London gegeben hatte. Durch die feierliche Übergabe der in London verwahrten Staatsinsignien der II. Republik an den damaligen Präsidenten der III. Republik wurde die Volksrepublik Polen zumindest symbolisch aus der polnischen staatlichen Tradition herausgenommen. Diese Vorgehensweise und Haltung der seit der Wende in Polen regierenden Eliten ignorierte zwar die staatsrechtliche Realität, denn immerhin war die Volksrepublik Polen in der Zeit ihres Bestehens ein international anerkannter Staat, andererseits dokumentierte sie die Haltung eines Teils der polnischen Gesellschaft, die mit der Legalität und Legitimität der Volksrepublik Polen Probleme hatte.

Als außenstehender Beobachter kann man diese aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg erwachsene Problematik noch nachvollziehen, zumal in Deutschland, wo es mit der Anerkennung der DDR und ihrer Legalität ebenfalls erhebliche Probleme gab. Allerdings stellt sich für Polen doch die Frage, ob und wann es denn zum Übergang von der III. zur sog. IV. Republik kam und wie dieser Übergang begründet wurde.

Der Begriff IV. Republik – Definitionsansätze und Kontroversen

Der Begriff der IV. Republik stellt bislang eine propagandistisch aufgeladene Losung dar und symbolisiert grundsätzliche Veränderungen in der polnischen Staatsordnung, die sich an der V. Republik in Frankreich orientieren sollen und von Parteien postuliert werden, die die rechtlichen Grundlagen der III. Republik kritisieren. Die Konzeption der IV. Republik formulierte als erster der Politologe und Publizist Rafał Matyja 1998 in seinem Artikel „Obóz IV Rzeczypospolitej“ [Das Lager der IV. Republik] in der Zeitschrift „Debata“.¹ Unabhängig davon wurde eine ähnliche Losung von dem Soziologen und Publizisten Paweł Śpiewak in seinem am 23. Januar 2003 in der „Rzeczpospolita“ veröffentlichten Artikel „Koniec złudzeń“ [Das Ende der Illusionen] verwendet. Matyja fasste seine Kernthesen in einem im April 2004 veröffentlichten Artikel noch einmal zusammen und legte dar, dass der Übergang von der III. zur IV. Republik darin bestehe, dass neue Leitideen formuliert werden. Erste Ziele der IV. Republik seien der Schutz der Unabhängigkeit und der elementaren Interessen Polens, die Garantie von Rechtssicherheit und allgemeiner Sicherheit sowie der Schutz des Eigentums und der politischen Rechte der Bürger. Dabei konstatiert der Autor unter Berufung auf die Analysen der Soziologen Andrzej Zybertowicz und Jadwiga Staniszkis ein partielles Staatsversagen und betont, dass wichtigste Entscheidungen nicht in den Institutionen mit

¹ [http://pl.wikipedia.org/wiki/uklad_\(IV_RP\)](http://pl.wikipedia.org/wiki/uklad_(IV_RP))

politischem Mandat getroffen würden. Somit stehe das Parlament für eine Art Scheinwelt. In der IV. Republik müsse es deshalb um den Wiederaufbau des Politischen gehen, was ohne entsprechende fachliche und moralische Qualitäten allerdings nicht zu erreichen sei. Grundlegende Veränderungen müssten deshalb im Gerichtswesen, in der öffentlichen Verwaltung und bei meinungsbildenden und erzieherischen Institutionen eingeleitet werden. Ohne elementare Veränderungen in diesen Bereichen, werde es auch keine Erneuerung des polnischen Staatswesens geben.²

Überdies erschien im Juni 2005 im Verlag Super NOWA der Sensationsroman „IV Rzeczpospolita“ von Grzegorz Mathea, in dem der Autor die Konzeption einer neuen Verfassung vorstellte.

Während des Wahlkampfs im Jahre 2005 wurde die Losung der IV. Republik in erster Linie von der jetzt regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ [Prawo i Sprawiedliwość, PiS] benutzt. Damals stellte PiS ihre Konzeption der Veränderung mit Hilfe von zwölf Verfassungsthesen vor.³

Die PiS sowie die mit ihr verbundenen Parteien kritisierten alle polnischen Regierungen der Jahre 1989 bis 2005, mit Ausnahme der Regierung von Jan Olszewski, die ihrer Auffassung nach von dem Polen beherrschenden „układ“ (Netzwerk) gestürzt wurde. Nach Meinung der Politiker von PiS habe das Netzwerk mit Hilfe der Geheimdienstes (WSI) die Lustration und Dekommunisierung des Landes verhindert und die Korruption kontinuierlich gefördert. Eine Antwort hierauf sollte deshalb die IV. Republik samt einer veränderten Verfassung sein.

Die Ansichten zum Begriff der IV. Republik sind kontrovers. Nach Auffassung eines Teils der Politiker von PiS sowie einiger Journalisten, die sich dieser Losung bedienen, gibt es die IV. Republik bereits. Ihren Beginn datieren sie auf den Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen 2005, den Sieg Lech Kaczyńskis bei den Präsidentschaftswahlen sowie die Bildung der Regierungskoalition aus PiS, Samoobrona [Selbstverteidigung] und LPR [Liga Polskich Rodzin – Liga Polnischer Familien]. Nach Auffassung zahlreicher Kommentatoren ist freilich das, was gegenwärtig als IV. Republik bezeichnet wird, lediglich eine Karikatur dieser Idee. Man hebt hervor, dass die IV. Republik, die nach Meinung der Gebrüder Kaczyński zu einer vollkommenen moralischen Erneuerung der Gesellschaft führen sollte, in Wirklichkeit nur eine politische Losung darstellt, die für den Kampf zwischen den Parteien genutzt wird. Vergleiche mit den Verhältnissen in der Volksrepublik Polen werden angestellt, wobei man die Befürchtung äußert, dass die Demokratie durch einen katholischen Staat des „Rechts und der Gerechtigkeit“ ersetzt werden soll.⁴

Kritik an der IV. Republik wird auch von linken und liberalen Kreisen geübt. In ihren Aussagen assoziieren sie diese Losung mit dem Verstoß gegen die demokratischen und säkularen Prinzipien des Staates, mit Xenophobie, Homophobie und Intoleranz. Nach Meinung von Janina Paradowska bewegt sich PiS in einer surrealen Sphäre, wenn sie zur Geschichte der III. Republik oder zu aktuellen politischen Ereignissen Stellung bezieht. Die Kritik an der Vision der von der PiS propagierten IV. Republik nahm zu, als Filmaufnahmen der der Samoobrona angehörenden Abgeordneten Renata Beger vom Sender TVN ausgestrahlt wurden. Die Abgeordnete veröffentlichte darin ihre privaten Gespräche mit den Abgeordneten Adam Lipiński und Wojciech Mojzesowicz (beide PiS), bei denen es um ihren eventuellen Übertritt zur PiS ging. Während des Gesprächs wurden konkrete Angebote gemacht: der Posten einer Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Dorfentwicklung und eine hohe Platzierung auf der Wahlliste für die Abgeordnete sowie ein

² Rafał Matyja: Druga..., trzecia..., czwarta..., czyli o państwie P... In: <http://efakt.pl/artykuly/artykul.aspx/Artykul/30956>

³ Zbigniew Wilkiewicz: Polen nach den Wahlen des Jahres 2005. In: aktuelle ostinformationen (2006), 1-2, S. 4-20, S. 5-6.

⁴ Przemysław Łucyan: Polska IV Rzeczpospolita Ludowa? In: <http://www.racjonalista.pl/kk.php/s,4589>

Mitglied ihrer Familie. Diese Affäre rief ein breites Echo in den polnischen Medien hervor und hatte einen enormen Einfluss auf die polnische Parlamentskrise des Jahres 2006.⁵

Die III. Republik in der Auslegung der PiS

In Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation zeichnet der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński entweder ein hässliches, von Geheimdiensten verseuchtes Polen (III. Republik) oder aber ein attraktives und sauberes Polen als IV. Republik, in dem die reine Harmonie zu herrschen scheint. Diese Zweigleisigkeit ist typisch, denn, um die seit der Regierungsübernahme durch die PiS gültige Strategie des „neuen Anfangs“ fortsetzen zu können, muss sich die Regierung aus Sicht der Kaczyński-Zwillinge ein für allemal von der kompromittierenden Vergangenheit der III. Republik lösen. Der historische Pfad der IV. Republik beginnt dabei mit den nationalen Aufständen des 19. Jahrhunderts, führt über die II. Republik der Zwischenkriegszeit inklusive Warschauer Aufstand und über die Arbeiteraufstände von 1956 und 1976 bis hin zur „Solidarność“. Nur dieser Pfad sei für Polen und die Polen moralisch legitim und vertretbar. Und nur diejenigen Menschen, die ihn konsequent gegangen sind, dienten Polen wirklich. Leider seien etliche Oppositionelle und Dissidenten von diesem Pfad abgekommen. Erwarb sich Adam Michnik noch vor 1989 große Verdienste, so habe er später nur noch Schaden gebracht, indem er zum „literarischen Repräsentanten“ der III. Republik geworden sei. Die massive Kritik an Michnik nimmt dabei geradezu pathologische Züge an, indem man ihn für alle Fehler und Versäumnisse der III. Republik verantwortlich macht.⁶ Der legendäre „Runde Tisch“ wird laut dieser Lesart als Sündenfall betrachtet, da er die Kooperation der kommunistischen Nomenklatura mit einigen Vertretern der einstigen Opposition einleitete. Damit waren diese aktiv am Aufbau des sich später entwickelnden postkommunistischen Systems der III. Republik beteiligt. Dies führt man bei der PiS darauf zurück, dass einige Oppositionelle aufgrund ihrer einstigen politischen Biographie und ihrer ideologischen Haltung zumindest zeitweise mit dem Kommunismus eine Liaison eingegangen waren.⁷

Nach Auffassung des Regierungslagers verbündete sich in den Jahren 1989 bis 1993 ein Teil der einstigen Oppositionellen, der zur neuen Elite der III. Republik geworden war, mit Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura sowie mit „liberalen Kräften“, die zuvor der Opposition angehört hatten, gegen die traditionalistischen Strömungen. So sei das postkommunistisch-liberale Bündnis entstanden, durch dessen destruktive Politik alle Bereiche des öffentlichen Lebens korrumpiert wurden.

Damit blieb sowohl eine neue Staatsgründung als auch ein echter Elitenwechsel ausgeschlossen, und damit geriet die III. Republik zu einer Farce. Das postkommunistisch-liberale Bündnis schuf einen schwachen Staat und eine Herrschaftselite der III. Republik, die aufgrund der Beziehungen zur alten Nomenklatura und mittels der allseits herrschenden Korruption immer mächtiger wurde.

1993 übernahmen die Postkommunisten die Macht, verloren sie dann aber zwischen 1997 und 2001, was sich aber nicht als gravierend erwies, da sich die damals in Polen herrschende Rechte nicht profilieren konnte.

2001 kamen die Postkommunisten erneut an die Macht, die sie dann aber wieder verloren, weil ihre „antidemokratische Natur“ sowie ihr „oligarchisches und korruptes Wesen“ zum Vorschein gekommen seien. Aufgrund der Rywin-Affäre und dem damit verbundenen Skandal um die von Adam Michnik geleitete „Gazeta Wyborcza“ gewannen die gegen die Postkommunisten gerichteten Kräfte – mit PiS an der Spitze – die Oberhand und konnten sich ihrem Konzept, dem Aufbau der IV. Republik, widmen. Dabei wurden sie von der

⁵ http://pl.wikipedia.org/wiki/IV_Rzeczpospolita

⁶ Tomasz Wołek: Wydrzeć Michnikowi polską duszę. In: Polityka, 20. 01. 2007, S. 28-29, S. 28.

⁷ Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Czarna Legenda III RP. In: Polityka, 14. 10. 2006, S. 28-31.

traditionalistisch eingestellten Wählerschaft unterstützt. Zwar sei damit die Ära der III. Republik beendet, aber der Aufbau der IV. Republik müsse weiterhin energisch fortgesetzt werden. Es wird deutlich, dass wir es hier mit einer manichäischen Interpretation zu tun haben, die nur schwarz und weiß kennt und auf jedwede Zwischentöne verzichtet. Dies findet auch in der Rhetorik der Kaczyńskis seinen Niederschlag, die Verfahren nutzt, durch die polarisiert, diskreditiert und ausgegrenzt wird.⁸ Wie drastisch die Wortwahl hier ausfällt, belegt zum Beispiel „Słownik IV RP“ [Wörterbuch der IV Republik], das von Michał Pietniczka ins Internet gestellt wurde.⁹ In der Tat haben wir es aktuell mit einer Regierung zu tun, der das Regieren an sich nicht genügt. Vielmehr möchte diese Regierung auch über die Seelen der BürgerInnen herrschen. Sie möchte die Gesellschaft erziehen, die Wertehierarchie festlegen sowie die eigenen Kriterien von Gut und Böse oktroyieren; sie möchte den Polen das „richtige Verständnis“ für die Geschichte, ihr Verhältnis zur Welt und zur Religion vermitteln.¹⁰

Schwache Verteidiger der III. Republik

Die Verteidiger der III. Republik erweisen sich als schwach, denn die III. Republik hat sich die Semantik der Kaczyńskis aufdrängen lassen. Sie wird von zahlreichen konservativen Publizisten als ein fataler Abschnitt in der polnischen Geschichte interpretiert. Dabei bleiben die politischen Erfolge der III. Republik – wie der NATO- und EU-Beitritt Polens – unberücksichtigt. Ähnlich wie die immensen wirtschaftlichen Erfolge, die Polen in diesem Zeitraum erreichte. Es gilt zu bedenken, dass die III. Republik für den Zeitraum der Transformation steht, in der es sicherlich zu Fehlentwicklungen kam, die das Land aber grundsätzlich veränderte. Polen wurde zu einem normalen, wenn auch nicht wohlhabenden Mitglied der EU, mit einem funktionierenden Markt, demokratischen Institutionen, einer Bürgergesellschaft und freien Medien, deren Freiheit eigentlich erst durch die Politik der PiS in Frage gestellt wird.

Allerdings machen die jüngsten Skandale im Hinblick auf die umstrittene Lustration, besonders auch in der Hierarchie der katholischen Kirche – man denke nur an den „freiwilligen“ Amtsverzicht des einst mit dem kommunistischen Geheimdienst kooperierenden Erzbischofs Stanisław Wielgus - und die jüngst aufgedeckten zahlreichen Fälle der Kooperation von Geistlichen mit den sozialistischen Machthabern, deutlich, dass es ganz offenbar problematisch war, dem deutschen Beispiel einer Gauck-Behörde nicht zu folgen und anstatt einer systematischen Aufarbeitung der Vergangenheit eine Politik des „Schlussstrichs“ (gruba kreska) zu betreiben. Die Vergangenheit holt die Betroffenen ein, der politischen Instrumentalisierung und dem gezielten Einsatz von Dokumenten, die vor ihrer sensationsheischenden Veröffentlichung keiner quellenkritischen Prozedur unterworfen werden, sind Tür und Tor geöffnet.¹¹

Ungeachtet dessen stellen einige kritische Beobachter die durchaus berechtigte Frage nach den Gründungsmythen der IV. Republik. So sei die IV. als Negation der III. Republik nach Auffassung von Andrzej Andrysiak durch vier fundamentale Mythen (erster Mythos: Die III. RP war total korrupt; zweiter Mythos: In der III. RP herrschte soziale Ungerechtigkeit; dritter Mythos: Die III. RP war Ergebnis eines faulen Kompromisses mit den Kommunisten; vierter Mythos: Die III. RP wurde vom „układ“ regiert) und erkläre sie zu Fakten, während man bei genauerem Hinsehen feststellen könne, dass es sich dabei nicht einmal um Halbwahrheiten handele. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass es kontraproduktiv sei, etwas Neues aufbauen

⁸ Andrea Huterer: Kampf der Rechten und Gerechten. Dienpolitische Rhetorik der Kaczyńskis. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 53-67, S. 53.

⁹ Słownik IV RP. In: <http://wiadomości.gazeta.pl/wiadomosci/2029020,55670,3226296.html>.

¹⁰ Tomasz Wołek: IV RP szturmuję salon. In: Polityka, 03. 02. 2007, S. 28-29, S. 28.

¹¹ Marek Zajac: Abp Wielgus zrezygnował z urzędu arcybiskupa warszawskiego. Inne poważne przyczyny. In: Tygodnik Powszechny, 14. 01. 2007, S. 2.

zu wollen und den BürgerInnen dabei ihrer eigene Geschichte zum Vorwurf zu machen. Die III. Republik habe – trotz aller Schwächen – einer großen Gruppe von Menschen Chancen eröffnet, die diese auch nutzten. Man habe in der III. Republik einen zivilisatorischen Sprung nach vorne gemacht, und darauf könne man stolz ein. Insofern gebe es auch die Sehnsucht nach einer objektiven Bewertung der Zeitspanne von 1989 bis 2005.¹²

Die Dominanz der PiS

Es ist in erster Linie die PiS, die bemüht ist, die sog. IV. Republik aufzubauen und eine entsprechende Ideologie und Symbolpolitik zu entwickeln. Die umstrittenen Koalitionäre der Samoobrona und der LPR spielen dabei eine nur untergeordnete Rolle. Dies zeigte zum Beispiel die plötzliche und kurzfristige Abberufung und Wiedereinsetzung von Andrzej Lepper in die Regierungsverantwortung im Herbst 2006. PiS, die über ein Drittel der Abgeordneten im Sejm verfügt, spielt die übrigen Partner bisher problemlos gegeneinander aus.¹³ Die Politiker des PiS inszenieren sehr medienwirksam immer wieder „neue politische Aufbrüche“: zunächst die Übernahme der Regierung durch Kazimierz Marcinkiewicz, danach die Unterzeichnung des Stabilitätspakts, anschließend das Zustandekommen der Koalition mit Samoobrona und LPR, schließlich der Austausch des Ministerpräsidenten und die Besetzung dieses Postens mit Jarosław Kaczyński. Immer wieder geht es um „Neuanfänge“ unter nunmehr adäquate(re)n Bedingungen, was PiS die Möglichkeit bietet, sich „verfrühten“ Bewertungen ihrer Politik zu entziehen.

Das Programm der PiS ist eindeutig auf die Schaffung eines institutionell starken Staates orientiert, wirtschaftliche Ziele spielen hingegen eine sekundäre Rolle. Ihre Kernwählerschaft schätzt an PiS gerade die These von einem starken Staat und die ideologische Härte der Partei, die ihren Ausdruck darin findet, dass man das Netzwerk (układ)¹⁴ der „verlogenen Eliten der III. Republik“ liquidieren will. Diesem Ziel diene und dient die Zerschlagung des Militärischen Geheimdienstes (WSI), die Schaffung des Zentralen Antikorruptionsbüros (CBA), die Beherrschung der öffentlichen Medien, die Besetzung des Instituts der Nationalen Erinnerung (IPN) mit einem genehmen Vorsitzenden sowie die Durchdringung des Staatsapparats, also der Beamten, der Polizei, der Gerichtsbarkeit sowie des Sicherheitsdienstes mit Vertretern der eigenen Partei.

Das Ziel der PiS ist dabei weit gesteckt, denn es geht ihr um die „Übernahme“ des Staates. Die Macht soll an die eigenen Leute verteilt und alle Aktivitäten sollen unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Hingegen spielen die sozialen Versprechungen, etwa der Bau von drei bis vier Millionen neuer Wohnungen in den nächsten acht Jahren oder der forcierte Ausbau der Autobahnen, nur noch eine sekundäre Rolle. Die Losung des Kampfes gegen das Netzwerk stellt nach Auffassung der Anhänger von PiS den Versuch dar, den politischen Apparat von der allwaltenden Korruption zu säubern und sämtliche Aktivitäten, die Polen Schaden zufügen können, zu verhindern. Nach Auffassung der Gegner und Kritiker dieser Losung erinnere sie in fataler Weise an den kommunistischen Leitsatz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, sei eher ein Mittel, um die Unterstützung der Gesellschaft zu gewinnen, und eigne sich nicht als Instrument, um die politische und wirtschaftliche Situation in Polen zu verbessern. In einem Interview definierte Lech Kaczyński „układ“ als „ein Netz von Interessen, das aus dem einstigen kommunistischen System entstand und einzelne Leute aus dem Lager der ‘Solidarność’ kooptiert hat.“¹⁵ Am 27. Januar 2007 betonte der

¹² Andrzej Andrysiak: Mity założycielskie nowej Polski. In: <http://wiadomosci.onet.pl/1382289,2677,4,kioskart.html>

¹³ Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Pierwszy Rok Czwartej. In: Polityka, 30. 09. 2006, S. 28-31.

¹⁴ Der Begriff „układ“ kann je nach Kontext „Klüngel“, „Vetternwirtschaft“ oder auch „Seilschaft“ bedeuten. Vgl.: Peter Oliver Loew: Psychogramm eines Problems in Polen. Feinde, überall Feinde. In: Osteuropa (2006), 11-12, S. 33-51, S. 34.

¹⁵ [http://pl.wikipedia.org/wiki/Uklad_\(IV_RP\)](http://pl.wikipedia.org/wiki/Uklad_(IV_RP))

Ministerpräsident, dass der Kampf gegen das Netzwerk weiterhin wichtig sei, und zwar auf Wojewodschaftsebene, aber auch darunter. Er stellte fest, dass dort noch alte Netzwerke bestünden, die auf wesentliche Elemente des gesellschaftlichen Lebens einen großen Einfluss hätten. Die Kritiker von PiS betonen hingegen, dass anstelle des alten Netzwerks mit Hilfe der regierenden Koalition ein neues gebildet worden sei. Man verweist dabei auf die politisch motivierten Nominierungen für hohe Posten in der Staatsverwaltung und in staatlich kontrollierten Unternehmen, auf die steigende Zahl von Funktionären ohne adäquate Kompetenzen, die verdächtigt werden, unsaubere Geschäfte zu tätigen sowie auf gravierende Veränderungen in der Wahlordnung, die der PiS nutzen.

Kompromisslose Machtsicherung

Die „Übernahme“ des Staates bildet die Voraussetzung für den weiteren Kampf mit dem alten System der III. Republik, der im zweiten Jahr der Regierung Kaczyński noch stärker vollzogen werden soll. Allerdings kann man konstatieren, dass bisher weder das CBA seine Arbeit nachvollziehbar aufgenommen hat noch große Affären aufgeklärt werden konnten. PiS verharnt vielmehr in einer beobachtenden Haltung und demaskiert immer wieder die „großen Ungerechtigkeiten“. Der Begriff der „Ungerechtigkeit“ ist zu einem Schlüsselwort der Regierung geworden und oszilliert dabei zwischen Rechtslücke und Verbrechen. Ungerechtigkeit ist etwas, was man anprangern darf, ohne dabei eine konzise rechtliche Anklage formulieren zu müssen. So haben Verdächtigung und Verleumdung eine hohe Konjunktur. Dieses Verfahren wird sicherlich fortgesetzt werden, denn ohne die endgültige Auflösung des Netzwerks der III. Republik – so die Unterstellung der Regierung – kann Polen nicht wirklich verändert werden. Wichtige wirtschaftliche Entscheidungen wie die Reform der öffentlichen Finanzen oder des Steuersystems werden erst dann erfolgen können, wenn zuvor geklärt wird, welche Rolle bestimmte Institutionen, Milieus und Personen gespielt haben. Bevor dies nicht geschieht, können keine bindenden Verpflichtungen eingegangen werden. Es handele sich hierbei durchaus nicht um die Unfähigkeit sich zu entscheiden, sondern um das Bewusstsein, dass jede wirtschaftliche Entscheidung, jede Ausschreibung oder Investition jemandem dienen könnte, den man zu wenig kennt und der sich als Repräsentant des alten Systems entpuppen könnte. Dabei werde, so die politischen Kommentatoren der „Polityka“ eine tiefreichende Durchdringung des gesamten politischen und administrativen Raumes angestrebt: „Ohne eingehende Säuberung des Feldes, ohne Beherrschung der Wirtschaftssphäre, ohne die Einsetzung der eigenen Leute nicht nur an exponierten Stellen, sondern auch in der tieferliegenden Infrastruktur, im Zellgewebe der Selbstverwaltungen, vom Landvermesser bis hin zum Stadtarchitekten, wird es nicht möglich sein, die IV. Republik aufzubauen.“¹⁶

Der Partei ist es mittlerweile ganz offensichtlich gelungen, dem Land ihre Sprache und ihre Vision der Vergangenheit aufzudrängen. Dabei besteht die Stärke der PiS darin, dass man nicht zurückweicht, sich nicht entschuldigt und nichts bedauert. Für die Erklärungen Jarosław Kaczyńskis ist eine gleichsam postmoderne „situative Plausibilität“ charakteristisch, sind sie doch nur für den Moment, in dem sie ausgesprochen werden, verpflichtend. Dies ist im übrigen nicht nur in Polen ein wichtiger Wesenszug populistischen Manövrierens. In diesem Kontext hat die PiS allerdings im ersten Jahr ihrer Regierung einen außerordentlich kaltblütigen Pragmatismus an den Tag gelegt. Zweifel und Skrupel wurden beiseite geschoben, als kindisches und unpolitisches Verhalten diffamiert. Die größte „Errungenschaft“ von PiS bestand dabei darin, ihrer Umgebung eine neue Betrachtungsweise des Politischen oktroyiert zu haben. Überaus kontroverse Entscheidungen der PiS, die in deutlichem Widerspruch zu ihrem deklarierten Programm einer Sanierung des Staates standen, wurden sehr bald als „normal“ hingenommen: etwa die Koalition mit derart

¹⁶ Wie Fußnote 13, S. 29.

kompromittierten Politikern wie Andrzej Lepper und Roman Giertych oder die Abberufung des überaus beliebten, aber eigenständig denkenden Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz.

Der unfehlbare Ministerpräsident

So ist einer ganzen Reihe kritischer Kommentatoren der polnischen Politikszene beizupflichten, wenn sie konstatieren, dass es Jarosław Kaczyński gelungen ist, seine Anhänger – aber auch einen großen Teil der politikverdrossenen polnischen Bevölkerung – davon zu überzeugen, dass er immer recht habe: „Er handelte also richtig, als er Marcinkiewicz zum Ministerpräsidenten auf vier Jahre oder länger ernannte und irrte sich nicht, als er ihn einige Monate später entließ; er erwies sich als scharfsinnig, als er der „Samoobrona“ einst ihre Herkunft aus dem Milieu des Sicherheitsdienstes vorwarf, und zeichnete sich später durch politischen Instinkt aus, als er sie in die Regierung nahm. Er hatte recht, als er zuließ, dass Zyta Gilowska vor das Lustrations-Gericht geschleift wurde, und er hatte auch recht, als er die einstige stellvertretende Ministerpräsidentin wieder auf die alten Funktionen zurückberief. Er lag richtig, als er mit Lepper anfang und auch, als er mit ihm Schluss machte. Kaczyński gibt immer zu verstehen, dass es in jedem dieser Fälle keinen Widerspruch gibt, da das erhabene Ziel am wichtigsten sei. Diese ideologische Mission des Aufbaus der IV. Republik imprägniert die PiS auf spezifische Weise und bedingt, dass sich diese Partei leicht aller Zweifel entledigt.“¹⁷

Zudem ist es dem Ministerpräsidenten gelungen, das Personalkarussell in Schwung zu halten, indem er sämtliche Stellen in seinem Machbereich mit eigenen Kadern besetzt hat. Allerdings wird auch hier permanent kontrolliert, korrigiert und verändert. Man muss nämlich dauernd unter Beweis stellen, dass man bereit ist, sich der Führung bedingungslos unterzuordnen. Die PR-Erfolge der PiS ergeben sich in erster Linie daraus, dass ein ständiger Wahlkampf geführt wird, der sich gegen vermeintliche Gegner und Feinde richtet, die daran interessiert seien, PiS zu vernichten. Außerdem gibt es ein seltsam anmutendes Handicap, das auf dem Grundsatz zu beruhen scheint, dass die Regierenden ja gar nicht so schlecht seien wie sie es sein könnten. So wird jeder Auslandsbesuch der Kaczyńskis, bei dem zu keinem Fauxpas kommt, bereits als Erfolg gefeiert. Zwar wird PiS von einigen Medien scharf attackiert, aber es gebe auch eine ganze Reihe von Publizisten, die den Regierenden überaus positiv gegenüber stehen und sie mit dem größten Respekt behandeln.

Das Negative an dieser Entwicklung besteht darin, dass durch den permanenten Prozess der Eroberung des Staates andere wichtige Dinge – wie die Wirtschafts- und Gesundheitsreform – vernachlässigt werden.

„In der Politik kann man siegreiche Abrechnungen gemäß eigener Vorgaben und mit Hilfe eigener Kriterien vornehmen, was PiS als geschickte Kunstfertigkeit vorgeführt hat; dies kann aber in der Realität nicht über einen längeren Zeitraum funktionieren. (...) PiS hat eine komplizierte und mysteriöse Konstruktion der Macht aufgebaut. Solche Konstruktionen zeichnen sich durch einen hohen Grad an Destruktivität aus. Aber auch, was PiS schon häufiger erlebt hat, durch ein hohes Maß an Selbstzerstörung.“¹⁸

Feindselige Konfrontation als Überlebensstrategie

Die IV. Republik kann nicht in Abstimmung mit der Opposition oder gar im Rahmen einer normalen politischen Polemik erschaffen werden. Vielmehr soll sie durch feindselige Konfrontation entstehen. PiS stellt nämlich als erste Partei seit 1989 ein grundsätzliches demokratisches Prinzip, die Gewaltenteilung im Staat, in Frage. Die Partei besetzt nicht nur die Machtzentren mit ihren Leuten, sondern ist auch bestrebt, die Gewaltenteilung durch Gesetzesänderung zu beschädigen. Der bekannte Verfassungsexperte Prof. Piotr Winczorek

¹⁷ Ibid., S. 30.

¹⁸ Ibid., S. 31.

schreibt über die Staatskonzeption, wie sie sich aus den gesetzgeberischen Vorhaben der PiS ergibt, folgendes: „Dies ist nicht nur eine Vision mit etatistischer Einfärbung, es ist vielmehr eine Konzeption, die den Staat im Grunde genommen auf ein einziges Element reduziert. Auf die Organe der Exekutive mitsamt dem ihnen untergeordneten Verwaltungsapparat.“¹⁹

Das Verfassungsprojekt der PiS beinhaltet die Vision eines Staates, der zu einer Präsidialdiktatur führen kann. Dieses Projekt kann somit nicht Gegenstand der öffentlichen Debatte und eines Kompromisses sein, es muss vielmehr als „feindseliger Umbau des Staates“ verstanden und bekämpft werden. Hier liegt auch die Hauptquelle für die sich seit einem Jahr verschärfende Debatte. Die Brüder Kaczyński und ihr Umfeld werden die IV. Republik nur dann aufbauen können, wenn sie den um sie geführten Krieg gewinnen.

Um diesen Krieg zu gewinnen, müssen sie sich die Unterstützung jener Wähler sichern, die erwarten, dass ihre sozialen Probleme angepackt werden. Auch angesichts hoher ökonomischer Kosten muss PiS versuchen, diese Wählerschaft zu behalten. Die Partei darf in der Wirtschaft nichts tun, was diese Wähler dazu bringen könnte, sich von ihr abzuwenden. So darf man sich nicht für die Reform der öffentlichen Finanzen stark machen, denn das würde naturgemäß Ausgabenkürzung, vor allen Dingen im Sozialbereich nach sich ziehen.

Realitätsverlust der Politik

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Skandal, der dadurch verursacht wurde, dass Abgeordnete der PiS versuchten, eine Abgeordnete der „Samoobrona“ zu kaufen, und dieser Vorgang mit einer versteckten Kamera gefilmt wurde, führt der politische Kommentator des „Tygodnik Powszechny“ Tadeusz Sławek aus, dass die regierende Machtelite die politische Wirklichkeit in Polen sehr eigensinnig interpretiere und modelliere: Während die Polen sich bestürzt zeigten und 60 Prozent meinten, dass die Regierung zurücktreten sollte, bagatellierte die Machtelite diesen Vorgang. Der Abgeordnete Jurek Kurski verstieg sich sogar zu der These, dass man es mit einer medialen „Megakreation“ zu tun gehabt hätte. Politik stelle sich – so die Kritik Sławeks – als ein System gegenseitiger Angriffe dar, in dem Posten und Geld eine erstrangige Rolle spielen. Ziel dieses Systems sei nicht das Allgemeinwohl, sondern die Erledigung persönlicher, familiärer und die eigene Partei betreffender Angelegenheiten.

Dies sei deshalb besonders schmerzlich, weil der Diskurs der Machthaber mit moralischen Losungen gespickt sei. Das, was die Menschen sagen, denken und schreiben, scheine für den Politiker aber keine Rolle zu spielen, denn seine Aufgabe bestehe einzig und allein darin, anderen Konkurrenten die Welt der Mächtigen vorzuenthalten. Die Grenzen zwischen Politik und Ideologie sowie der Außenwelt würden immer stärker abgeschirmt und dadurch hermetisch. Hieraus ergebe sich, dass die Politik eigenen Gesetzmäßigkeiten folge und mit den moralischen und rechtlichen Grundsätzen der äußeren Welt nichts mehr gemein habe. Die Politik sei effektiv, so lange sie am Grad der Unwissenheit des Bürgers gemessen werden könne, der im übrigen nichts von ihren Mechanismen wisse. Und gerade hierauf beruhe die Doktrin der PiS.²⁰

Für die Machthaber sei eine besondere Form der Blindheit charakteristisch, da sie nicht in der Lage seien zu erkennen, dass sie das Ende ihrer Möglichkeiten erreicht haben und dass jede weitere Bewegung nur noch kompromittierend sei. In der Konsequenz heiße dies, dass man unfähig sei, sich selbst zu bewerten, und dazu neige, den anderen die Schuld für das eigene Versagen und die eigenen Niederlagen zu geben: Jene anderen sind dann „układ“, „die Dienste“ oder „gewisse Medien“. Als mündiger Bürger dürfe man hingegen nicht akzeptieren, dass die Politik lediglich eine Sammlung soziotechnischer Probleme sei, dass eine effektive Politik nur zu betreiben sei, wenn man undurchsichtigen Interessen nachgehe, von denen nur die Politiker, deren Verwandte und Anhänger profitieren, dass der

¹⁹ Waldemar Kuczyński: Ile warta jest Czwartka. In: Polityka, 28. 10. 2006, S. 25-26, S. 26.

²⁰ Tadeusz Sławek: Nie dajmy się nabrać! In: Tygodnik Powszechny, 08. 10. 2006, S. 3.

Kern des politischen Lebens darin bestehe, lukrative Posten zu besetzen, während jedwede inhaltlich Diskussion letztendlich nur einen Nebelvorhang für das „dumme Volk“ darstelle, dass eine Politik, die sich am Rande der Gesetze bewege oder diese gar breche, besonders effektiv sei,
 dass die polnische Variante des Verhaltens der politischen Klasse lediglich ein Symptom global herrschender Praktiken sei,
 dass in der Politik ungeschriebene moralische Prinzipien ignoriert werden können und Politik keine Sache der Ehre und des Anstands sei,
 dass in der Politik der Zynismus zur Norm werde,
 dass das Parteiinteresse der Machthaber mit dem allgemeinen Staatsinteresse gleichgesetzt werden könne,
 dass Politik eine Kette nicht näher beschriebener Verschwörungen und Konspirationen sei,
 dass die Politik ausschließlich eine Sache von Losungen und eines guten Selbstgefühls bei der Beurteilung der eigenen Person sei.

Dieser Zwischenruf aus dem skandalträchtigen Oktober 2006 präzisiert in klarer Weise das Verhalten der Machthaber und die sich daraus ergebenden Folgen für die Wahrnehmung von Politik durch die Gesellschaft. Der Kommentator verdeutlicht, dass Politik auf einem Wertesystem aufzubauen habe, das nicht an der Rhetorik der Regierenden, sondern an ihrem Tun zu bemessen sei. Geradezu grotesk mutet deshalb auch der Umstand an, dass die hier vorgebrachte Analyse und Kritik eine Partei betrifft, die „Recht und Gerechtigkeit“ zu ihrem Leitbild erklärt hat. Angesichts dieser nüchternen Bestandsaufnahme, die die politische Realität im Jahre eins der IV. Republik adäquat widerspiegelt, stellt sich allerdings die Frage, welcher Mittel sich die Regierenden bedienen, um ihre Art zu führen, zu koalieren und zu regieren, als Erfolg ausgeben zu können. Neben Konfrontation und kompromisslosem Machterhalt – von denen schon die Rede war – handelt es sich nach Auffassung zahlreicher Kommentatoren um eine Form der Erfolgspropaganda, bei der selbst Misserfolge, Passivität und Fehler zu umsichtigem politischem Agieren uminterpretiert und hochstilisiert werden.

Eigenlob und Erfolgspropaganda

Die Propaganda der PiS zielt auf Eigenlob und auf Anschuldigungen gegenüber dem politischen Gegner. Dieser Technik bedient sich nicht nur der Ministerpräsident Jarosław, sondern auch der Präsident Lech Kaczyński. So werden die Konflikte mit der EU oder die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland als „Stärkung der Souveränität des Landes“ verkauft, da man sich davon gelöst habe, eine „Außenpolitik auf Knien“ zu betreiben. Diejenigen, die auf Pragmatismus, Effizienz und einzuhaltende Prozeduren bestehen, hält PiS dadurch in Schach, dass sie die Einhaltung höchster Werte wie Freiheit, Souveränität und Ehre propagiert, während man dem Gegner die Position der langweiligen Technokraten ohne patriotische Gesinnung überlässt.²¹

Es wird eine intensive Erfolgspropaganda betrieben, die in gewisser Weise an die Verhältnisse in der Volksrepublik Polen erinnert. PiS argumentiert, dass die Wirtschaft wachse, die Arbeitslosigkeit abnehme und der Staat sich in einer guten Verfassung befinde. Dabei wird seitens der Regierenden ignoriert, dass die Cassandra-Rufe der Regierungskritiker in eine andere Richtung zielen: kritisiert wird – wie oben ausgeführt – die „Übernahme“ des Staates durch die PiS, die Durchdringung aller Institutionen mit Parteimitgliedern, die Infragestellung der Autorität der wichtigsten Verfassungsorgane, das Erzeugen einer Atmosphäre des Misstrauens, der Beschuldigungen und der Abrechnungen.

²¹ Mariusz Janicki, Wiesława Władysław: Postęp i Szczęście. In: Polityka, 13. 01. 2007, S. 27-29.

Während man seitens der PiS diese Kritik nicht wahrzunehmen scheint, als Kritik des „układ“ oder des „grauen Netzes“ (szara sieć) abtut²², stellt sich das Jahr 2006 für den Ministerpräsidenten als besonders erfolgreich dar: „Wir können ganz ehrlich sagen, dass dies das beste Jahr in den letzten 17 Jahren gewesen ist, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung, die Stabilität der Wirtschaft, die Stellung des Złoty, die Situation im Export, der ungewöhnlich schnell wächst, in Betracht zieht. Sozial betrachtet war dies ein ruhiges Jahr, es gab keine großen Streiks, es gab keine großen gewaltsamen Ereignisse dieser Art. Es war dies gleichzeitig ein politisch ungewöhnlich unruhiges Jahr.“²³

Gerade in der Wirtschaftspolitik hat die Regierung aber wenig getan, vielmehr konnte man darauf aufbauen, was in der III. Republik unter anderen von dem allseits unbeliebten Leszek Balcerowicz umgesetzt wurde. Auch sollte berücksichtigt werden, dass in dem einst streikfreudigen Polen alleine schon deshalb wenig gestreikt wird, weil es den von den Kaczyńskis so viel gescholtenen Politikern der III. Republik schließlich gelungen ist, den größten Teil der großen und immer wieder streikenden Staatsbetriebe zu privatisieren. Wirtschaftspolitisch besteht das „Verdienst“ der Regierung demnach vor allem darin, ihre unbezahlbaren populistischen Versprechen nicht realisiert zu haben.

Der wiederholt erhobene Vorwurf des Ministerpräsidenten, dass die Opposition das Ergebnis der Wahlen nicht anerkannt habe und die Regierung regelrecht bekriege, ist objektiv betrachtet kaum haltbar und klingt angesichts der zahlreichen politischen Affären und skandalträchtigen Aktionen der jetzigen Regierung geradezu absurd. Er stellt allerdings einen weiteren Versuch der Kaczyńskis dar, der öffentlichen Meinung ihre politische Vision zu oktroyieren. Die Erfolgspropaganda der PiS, in die ebenfalls die eher erfolglosen Mitglieder des polnischen Kabinetts einbezogen werden, ist zwar medienwirksam und trägt Früchte, ändert aber nichts an dem durch Umfragen belegten Umstand, dass ein Großteil der polnischen Bevölkerung anderen Überzeugungen huldigt als die polnische Regierung. Während die PiS die EU immer als Bedrohung für die Souveränität Polens betrachtet hat, sind 88 Prozent der Polen mit der EU-Mitgliedschaft ihres Landes zumindest zufrieden. Und während 70 Prozent der polnischen Bevölkerung die Lustration für ein zweitrangiges, unwesentliches Thema halten, macht PiS aus Lustration und Dekommunisierung einen Schwerpunkt ihrer „moralischen Revolution“. Und schließlich: während eine klare Mehrheit der Polen die Deutschen als sympathisch und den Polen zugeneigt empfindet, kämpft die PiS ständig gegen den „deutschen Revanchismus“ an.²⁴

Einerseits wird die derzeitige Regierungstätigkeit von der polnischen Bevölkerung überwiegend negativ beurteilt, andererseits erwartet eine Mehrheit der Polen, dass die Regierung eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung der allgemeinen Situation herbeiführen wird. Dieses offenkundige Paradoxon wird von den politischen Kommentatoren der „Polityka“ mittels folgender Hypothese aufgelöst: es sei PiS hervorragend gelungen, die lancierten Ziele von den angewendeten Methoden zu trennen. Die permanent wiederholten propagandistischen Losungen wie „ein solidarisches Polen“, „Sicherheit“, „Kampf gegen 'układ'“ bleiben für viele Polen weiterhin attraktiv, schon alleine deshalb, weil gegenwärtig keine der übrigen politischen Parteien konkurrenzfähig ist. Daher die im Vergleich mit den anderen Parteien weiterhin recht positiven Notierungen der PiS, der Optimismus der Polen und die Überzeugung, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen. Andererseits bewirken die geradezu suspekten Methoden der Machthaber, dass die Notierungen des Präsidenten und der Regierung fallen. Man kommt deshalb zu folgendem Ergebnis: „Auf diesen

²² In der Terminologie des Ministerpräsidenten wurde der Begriff „układ“ durch den wohl adäquateren, aber umso mysteriöseren Begriff „szara sieć“ (graues Netz) ersetzt. Vgl. hierzu Młodzi chcą galopować. Rozmowa z prof. Jackiem Kurczewskim. In: Polityka, 27. 01. 2007, S. 30-31, S. 30.

²³ Wie Fußnote 16, S. 28.

²⁴ Wie Fußnote 16, S. 29. Vgl.: Thomas Urban: Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien. In: Osteuropa (2007), 1, S. 57-71.

Widersprüchen balanciert die Politik der Gebrüder Kaczyński und dieser Seiltanz gelingt ihr immer noch. Denn momentan gibt es niemanden, der in der Lage wäre, stärker am Seil zu rütteln. Nichtsdestoweniger zeigt die Geschichte, dass jedwede Erfolgspropaganda an der Wirklichkeit scheitert und die Rache der durch gauklerische Tricks enttäuschten Gesellschaft die Politiker von der Bühne fegt.²⁵

²⁵ Wie Fußnote 16, S. 29.